

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
17. WAHLPERIODE

**STELLUNGNAHME
17/1687**

Alle Abg

Die Elterninitiative 
... für Loverboy-Opfer

An den Präsidenten des Landtags Nordrhein Westfalen

Herrn André Kuper MdL
Platz des Landtags 1

40221 Düsseldorf

Datum 28.06.2019

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,
sehr geehrte Damen und Herren,

gerne nehmen wir Stellung zu dem Bericht unter der Vorlage 17/1796.

zu A:

Aus Sicht der Elterninitiative können wir bestätigen, dass wir in den letzten 10 Jahren in Düsseldorf, Nordrhein Westfalen und ganz Deutschland zunehmend Rückmeldungen von Opfern und Angehörigen haben, die von dieser Methode betroffen sind. Dabei ist immer wieder festzustellen, dass den Opfern, den Eltern und Angehörigen lange nicht bewusst ist, dass sie Opfer der Loverboy Methode geworden sind.

zu B:

Die angegebenen Fallzahlen aus dem Bundeslagebild 2016 und 2017 sind nur Fälle, die zur Anzeige gebracht und polizeilich verfolgt werden. Die Dunkelziffer ist aber nach unserer Ansicht allein durch Anfragen zur Sache und in Ausführung von Präventionsprojekten spürbar höher.

Auffallend ist in Nordrhein-Westfalen, dass hier nicht nur die Ballungsgebiete und/oder Großstädte betroffen sind, sondern die Methode und die Rückmeldungen fast flächendeckend sind. Landkreise und Kleinstädte sind genauso betroffen, wie Großstädte und benötigen Unterstützung in der Netzwerkarbeit.

zu C:

Wir sind davon überzeugt, dass bei der strafrechtlichen Erfassung oft nicht erkannt wird, dass es sich hier um die Loverboy Methode handelt und somit nicht jeder Fall zu Anzeige gebracht wird. Auch wenn es sich bei der Methode, oder gerade dann, nicht um einen eigenständigen Deliktsbereich handelt, muss hier genauer hingeschaut werden.

Die Elterninitiative c/o Selbsthilfe Service Büro Gesundheitsamt
Kölner Str.180
40227 Düsseldorf
www.facebook.com/pages/Die-Elterninitiative
www.die-elterninitiative.de

Stadtsparkasse Düsseldorf
IBAN: DE883005 0110 1007 0138 30
BIC:DUSSDE33XXX
Tel.0211 98740156 AB
info@die-elterninitiative.de

zu D1:

Allgemeine Beratungsstellen und auch staatliche Einrichtungen in Nordrhein-Westfalen müssen weiter und besser gefördert werden, immer wieder müssen wir erfahren, dass Bürger nicht genügend Aufklärung über die Methode vor Ort bekommen haben und somit erst im Internet auf Hilfsangebote oder weiteren Institutionen aufmerksam werden. Es gibt z.Z zu wenig Verknüpfungen und Hinweise auf die Loverboy Methode. Beratungsstellen und Jugendeinrichtungen die ihre Arbeit und Hilfsangebote nicht auf Menschenhandel und Zwangsprostitution ausgelegt haben, brauchen Informationshinweise und einen Leitfaden. Nur ein Erklärvideo ist demnach zu wenig.

zu D2:

Die Polizeilichen und zugleich die Staatsanwaltlichen Maßnahmen sollten weiter verbessert werden, oft wird eine Betroffene nicht ausreichend geschützt, um sich soweit Sicher zu fühlen, dass es zu einer Aussage und im weiteren Verfahren zu einer Anklage kommt. Einige Städte in Nordrhein Westfalen scheinen zwar eine Ausnahme zu sein, aber so könnten weitaus mehr Täter verurteilt werden.

zu D3:

Es ist zwar ganz klar definiert, aber die Netzwerke in Nordrhein-Westfalen und Deutschland müssen stärker Zusammenarbeiten, damit den jugendlichen und heranwachsenden Opfern der bestmögliche Ausstieg aus der Zwangsprostitution ermöglicht wird. Die Opfer und Betroffenen brauchen eine bessere Hilfestellung, gerade auch die Angehörigen müssen wahrgenommen werden . Oft gibt es für Angehörigen keine Hilfestellung und/oder eine Betreuung, es kommt das Gefühl auf, alleine zu sein und keine Hilfe zu bekommen.

Die Angebote die sich in den letzten 10 Jahren aus rein privaten und Vereinsgeförderten Maßnahmen entwickelt haben, werden von staatlicher Seite zu wenig und/oder fast gar nicht genutzt. Polizei, Staatsanwaltschaften, Schulen, Jugendeinrichtungen und Arbeitskreise müssen grundsätzlich informiert und über die Loverboy Methode aufgeklärt werden.

Aus eigener Initiative werden von diesen Organisationen in NRW Programme angeboten, die fast nicht genutzt werden, wie wollen wir so unsere Kinder schützen?

Es gibt immer wieder Rückmeldungen von Schulen und Einrichtungen die es zugelassen haben, dass diese Präventionsmaßnahmen durchgeführt werden, hier betroffene Mädchen oder aber Verdachtsfälle zu verkünden waren.

Mit freundlichen Grüßen
vom Team "Die Elterninitiative"